

# Aktuelles aus dem ZBV

Zürcher Bauernverband ■ Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf ■ 044 2177733 ■ www.zbv.ch



Vorstellungsreihe von eidgenössischen Initiativen, welche für die Landwirtschaft relevant sind

## «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)»

**Der Bundesrat hat am 22. August 2018 seinen indirekten Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative veröffentlicht und somit das Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Er schlägt eine Änderung des Kartellgesetzes vor, dass relativ marktmächtige in- und ausländische Unternehmen unter bestimmten Umständen verpflichtet werden können, Schweizer Unternehmen auch über Lieferkanäle im Ausland zu beliefern. Dies entspreche dem Kernanliegen des Volksbegehren.**

Nach einer Berichterstattung zur Leserumfrage «Landwirtschaft 2040» fahren wir diese Woche mit der Vorstellung einer weiteren Volksinitiative fort.

Wie in den vergangenen Ausgaben präsentieren wir kurz das Begehren und lassen die Befürworter wie auch die Gegner zu Wort kommen.

### Die Initiative

Die Initiative wurde von einer breiten Allianz aus Konsumentenschutz und KMU-Verbänden – unterstützt von Politikern von rechts bis links – mit der Unterschriftensammlung lanciert. Rund vier Monate vor Ablauf der Sammelfrist wurden die Unterschriften am 12. Dezember 2017 der Bundeskanzlei überreicht.

Mit Beschluss vom 17. Januar 2018 wurde diese mit 107 889 Unterschriften für gültig erklärt.

### Um was geht es?

Maschinen, Werkzeuge, Kosmetika, Kleider und viele andere importierte Produkte sollen inskünftig nicht mehr mit einem «Schweiz-Zuschlag» versehen werden. Die derzeit bestehenden Preisunterschiede von Produkten, welche im Ausland gekauft werden können, lassen sich nur in geringem Mass auf die höhere Schweizer Lohn-, Infrastruktur- oder Mietkosten zurückführen.

Ausländische Lieferanten und Unternehmen nutzen – gemäss Initianten – die Marktmacht aus, um die Preise der Produkte in der Schweiz künstlich hoch zu halten. Diesen Zuschlägen will das Volksbegehren nun einen Riegel schieben.

In der Vergangenheit sind im Parlament wiederholt Massnahmen gescheitert, weshalb das Initiativkomitee nun auf das Instrument der Volksinitiative setzt.

Das Volksbegehren will somit den bestehenden Art. 96, in den Abs. 1 wie folgt ändern:

### Art. 96 Abs. 1

1 Der Bund erlässt Vorschriften gegen volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Auswirkungen von Kartellen und anderen Wettbewerbsbeschränkungen. Er trifft insbesondere Massnahmen zur Gewährleistung der diskriminierungsfreien Beschaffung von Waren und Dienstleistungen im Ausland sowie zur Verhinderung von Wettbewerbsbeschränkungen, die durch einseitiges Verhalten von marktmächtigen Unternehmen verursacht werden.



**JA** zu tieferen Konsumentenpreisen und höherer Kaufkraft.

**JA** zu fairen Beschaffungspreisen und dadurch wettbewerbsfähigen Unternehmen.

**JA** zu sicheren Arbeitsplätzen und guten Löhnen.

Der indirekte Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative befindet sich derzeit in der Vernehmlassung. Bild: zVg

Bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen hat der Bundesrat innert zweier Jahren die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen, welche den nachfolgenden Grundsätzen folgen sollen:

a. Die Verhaltensweisen, die für marktbeherrschende Unternehmen unzulässig sind, sind auch für Unternehmen unzulässig, von denen andere Unternehmen in einer Weise abhängig sind, dass keine ausreichenden und

zumutbaren Möglichkeiten bestehen, auf andere Unternehmen auszuweichen (relativ marktmächtige Unternehmen).

b. Marktbeherrschende und relativ marktmächtige Unternehmen verhalten sich vorbehaltlich einer Rechtfertigung aus sachlichen Gründen unzulässig, wenn sie die Möglichkeit für Nachfrager einschränken, Waren oder Dienstleistungen, die in der Schweiz und im Ausland angeboten werden, im Staat ihrer Wahl zu den dort von den Unternehmen praktizierten Preisen zu beziehen; Preisdifferenzierungen bleiben zulässig, solange Unternehmen nicht wettbewerbswidrige Ziele verfolgen und keine Wettbewerbsverzerrungen verursachen.

c. Unternehmen dürfen durch einseitiges Verhalten die Beschaffung der von ihnen exportierten Waren im Ausland einschränken, wenn diese Waren ins Produktionsland reimportiert und dort ohne weitere Bearbeitung weiterverkauft werden sollen.

d. Relativ marktmächtige Unternehmen sind bei unzulässigem missbräuchlichem Verhalten von direkten kartellrechtlichen Sanktionen ausgenommen.

e. Der diskriminierungsfreie Einkauf im Online-Handel ist grundsätzlich zu gewährleisten, insbesondere durch eine Bestimmung gegen unlauteren Wettbewerb.

Gerne stellen wir Ihnen in zwei Wochen an dieser Stelle ein weiteres Begehren vor.

Dann wollen wir uns der eidgenössischen Initiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)» annehmen.

■ MCA

## Nachgefragt bei ...

Zürcher Bauernverband ■ Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf ■ www.zbv.ch

### Casimir Platzer, Präsident GastroSuisse

Das Volksbegehren ist zustande gekommen; der Bundesrat hat einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative unterbreitet. Wir haben Casimir Platzer, Präsident GastroSuisse, folgende Fragen gestellt:

#### Ihr Verband unterstützt die Initiative. Was sind Ihre Beweggründe hierfür?

Viele international tätige ausländische Lieferanten schotten ihre Vertriebskanäle ab und beliefern die Schweizer Unternehmen nur über ihre Schweizer Vertretungen zu stark überbewerteten Preisen, ohne dass Ausweichmöglichkeiten bestehen. Davon benachteiligt sind auch die Restaurants- und Hotelleriebetriebe. Aus diesem Grund hat GastroSuisse zusammen mit anderen Verbänden die Fair-Preis-Initiative eingereicht. Deren Annahme wäre ein bedeutender Meilenstein im Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz und für faire Preise. Auch der Bundesrat anerkennt den Handlungsbedarf und hat einen Gegenvorschlag vorgelegt.

#### Bäuerinnen und Bauern liefern Nahrungsmittel auch an Ihre Verbandsmitglieder. Sehen Sie Veränderungen bei einer Annahme für die Zürcher Landwirtschaft?

Die Zürcher Landwirtschaft bezahlt heute deutlich zu viel für importierte Güter wie Dün-



Casimir Platzer, Präsident GastroSuisse. Bild: zVg

gemittelt oder Traktoren. Bereits 2005 wies der Beobachter darauf hin, dass ein mittlerer Traktor in der Schweiz rund 16 Prozent teurer ist als in Deutschland. Ein Miststreuer kostet den Schweizer Bauer fast doppelt so viel wie den französischen Landwirt. Mit der Annahme der Fair-Preis-Initiative würde der ungerechtfertigte Schweiz-Zuschlag auf diese Güter entfallen. Dagegen wären Schweizer Agrarprodukte von der Initiative ausgenommen. Diese unterstehen dem Agrarregime. Zudem sieht die Initiative ein Verbot von Reimporten

vor, sodass die Schweizer Landwirtschaft weiterhin differenzierte Preise im In- und Ausland anbieten darf.

#### Gegner argumentieren damit, dass die verlangten Änderungen bereits heute umgesetzt sind. Teilen Sie diese Meinung?

Nein. Ein Vergleich vieler importierter Güter zeigt, dass Schweizer Unternehmen und Konsumenten deutlich zu viel bezahlen müssen.

#### Wie erklären Sie sich die in der Vergangenheit doch vermehrt aufgekommene Initiativen, welche die Landwirtschaft betreffen?

Es widerspiegelt vor allem das gestiegene Bewusstsein für mehr Nachhaltigkeit in unserer Gesellschaft. Allerdings stellen wir auch fest, dass der Konsumtrend in die richtige Richtung geht.

In keinem anderen Land geben Konsumenten pro Kopf und Jahr mehr Geld für Bio- und Fair-Trade-Produkte aus. So ist der Umsatz mit Bioprodukten in den letzten fünf Jahren um knapp 50 Prozent auf 2,5 Milliarden Franken im Jahr 2016 gestiegen. Starre gesetzliche Vorgaben und staatliche Eingriffe in den Markt, welche die Lebensmittel massiv verteuern, würden diese Entwicklung mehr behindern als beschleunigen. ■

## Dank Fair-Preis-Initiative: Höheres Einkommen für Schweizer Landwirte

Beim Verkauf von Schweizer Landwirtschaftsprodukten sind die Detailhändler und ihre Verarbeitungsbetriebe tonangebend – die Landwirte müssen oft deren Preisvorstellungen hinnehmen. Dass Landwirte jedoch nicht nur beim Verkauf, sondern auch beim Einkauf der Marktmacht von Grosskonzernen ausgeliefert sind, wird hingegen weniger thematisiert.

Zu Unrecht, denn die im Vergleich zum Ausland überhöhten Preise für importierte Vorleistungsgüter wie zum Beispiel Landmaschinen, Futtermittel oder Saatgut schmälern direkt das Einkommen der Landwirte. Genau das will die «Fair-Preis-Initiative» ändern: Künftig sollen Schweizer Kunden Waren von marktmächtigen Anbietern direkt im Ausland zu den dort üblichen Preisen und Bedingungen beziehen können statt beim teuren Generalimporteur, Parallelimporte werden erleichtert. Nachteile hat die «Fair-Preis-Initiative» für die Landwirte nicht – weder die Direktzahlungen noch der Grenzschutz für Schweizer Landwirtschaftsprodukte werden von der Initiative tangiert.

■ www.fair-preis-initiative.ch, Prisca Birrer-Heimo, Präsidentin Stiftung für Konsumentenschutz und Nationalrätin Kanton Luzern



Prisca Birrer-Heimo. Bild: zVg

## Wettbewerbspolitik auf Abwegen

Die «Fair-Preis-Initiative» verspricht in markigen Worten, die hiesigen Nachfrager vor Lieferverweigerungen und Preisdiskriminierung durch ausländische «Abzocker» zu schützen. Zu diesem Zweck will sie das dem deutschen Kartellrecht entlehnte Konzept der «relativen Markt» in der Schweiz einführen. Dieses stellt jedoch einen internationalen Sonderweg dar und würde in erster Linie zu Rechtsunsicherheit führen. Zwar wird immer wieder behauptet, es könnte einfach auf die Praxis der deutschen Gerichte abgestellt werden. Eine solche Praxis existiert de facto aber gar nicht, da Deutschland keine «Hochpreisinsel» ist. Zu bezweifeln ist zudem, ob eine solche neue Gesetzesnorm gegenüber ausländischen Unternehmen überhaupt durchgesetzt werden könnte. Anstatt die «Hochpreisinsel Schweiz» mit nutzlosen Gesetzesartikeln zu bekämpfen, sollten grundsätzlichere Reformen angepackt werden. Die grössten Preisdifferenzen zum umliegenden Ausland finden sich nämlich im abgeschotteten Schweizer Binnenmarkt, etwa im Gesundheitssektor, in den Bereichen Energie oder Wohnen.

■ Samuel Rutz, Adjunct Fellow bei Avenir Suisse und Projektleiter bei Swiss Economics



Samuel Rutz. Bild: zVg